



Protokoll

24. Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Arbeit und Soziales

Sitzungstermin:	Montag, 27.09.2021
Raum, Ort:	Mensa des Schulzentrum Ilsede, Am Schulzentrum 35, 31241 Ilsede
Sitzungsbeginn:	17:05 Uhr
Sitzungsende:	18:22 Uhr

Anwesende:

Vorsitz

Frau Miriam Riedel-Kielhorn

Mitglieder

Herr Carsten Rauls

Herr Hans-Hermann Baas

Vertretung für: Frau Nadine Muthmann

Herr Maik Burgdorf

Vertretung für: Frau Christine Spittel

Herr Björn Busse

Herr Christoph Hauschke

Frau Doris Meyermann

Herr Matthias Möhle

Frau Isabell Mutke

Frau Simone Pifan

Herr Jürgen Rubin

Grundmandat

Herr Malte Cavalli

Bürgervertretung

Herr Jörg Köther

Herr Günter Mertins

Frau Eva Schlaugat

Sonstige Mitglieder

Herr Jürgen Rump

Protokollführung

Herr Frank König

Verwaltung

Frau Heike Bialek
Frau Anke Bode
Frau Prof. Dr. Andrea Friedrich
Herr Fabian Laaß
Frau Dr. Agnieszka Opiela
Herr Dirk Sommer
Frau Silke Tödter
Herr Kim-Julian Behr
Herr Carsten Stuhr
Frau Jennifer Wimmer

Gäste

Herr Horst Kunz

Entschuldigte:

Mitglieder

Frau Nadine Muthmann	Fehlt entschuldigt
Frau Christine Spittel	Fehlt entschuldigt

Grundmandat

Herr Dieter Samieske	Verhinderung
----------------------	--------------

Bürgervertretung

Herr Hubertus Hahn	Verhinderung
Herr Benedikt Schurm	Verhinderung
Herr Wilfried Wesemann	Verhinderung

Sonstige Mitglieder

Frau Angela Denecke	Verhinderung
---------------------	--------------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls der 23. Sitzung vom 28.06.2021
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Kinderpsychiatrische Versorgung im Landkreis Peine - Einflussnahme auf Zulassungsbeschränkungen KVN
- 6 Sachstand Pflegebericht Landkreis Peine
- 7 Produktbericht Stand 30. Juni 2021 für das Budget der Fachdienste Soziales, Arbeit (Jobcenter), Gesundheit sowie der Dezernatsleitung III
- 8 Produktbericht Stand 30. Juni 2021 für das Budget "Gleichstellungsbeauftragte"
- 9 Informationen der Verwaltung
- Verschiedenes
Sachstand Frauenhauserweiterung durch Bundesinvestitionsprogramm (Gleichstellungsbeauftragte)
- 10 Anfragen und Anregungen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende, **Kreistagsabgeordnete Frau Riedel-Kielhorn** (im Folgenden werden männliche und weibliche Kreistagsabgeordnete als KTA bezeichnet), eröffnet um 17:05 Uhr die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Zuhörer/innen sowie die Vertreter/innen der Verwaltung.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Die Vorsitzende **KTA Frau Riedel-Kielhorn** stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die vorliegende Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Ergänzung:

Aus aktuellem Anlass wurde die Tagesordnung nach Verabschiedung der Zuhörer/innen um einen nichtöffentlichen Teil ergänzt (siehe am Ende des Protokolls, Information der Verwaltung).

3. Genehmigung des Protokolls der 23. Sitzung vom 28.06.2021

Die Niederschrift über die 23. Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Arbeit und Soziales vom 28.06.2021 wird ohne Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche bei 3 Enthaltungen genehmigt.

4. Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende des Beirats für Menschen mit Behinderung im Landkreis Peine, **Herr Horst Kunz** aus Vechede, stellt den als Anlage beigefügten Fragenkatalog zum Sachstand von drei Anträgen an den Landrat vor.

Dezernatsleiterin (im Folgenden werden männliche und weibliche Dezernatsleitungen als DL bezeichnet) **Prof. Dr. Friedrich** berichtet, dass der Aufwand für den Beirat (Frage 1) sowie die Fahrtkosten für die Beiratsmitglieder (Frage 2) in den Haushalt 2022 eingestellt werden.

Die Anträge zur Satzung (Frage 3) werden in der nächsten Ausschusssitzung behandelt.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schließt die Vorsitzende **KTA Frau Riedel-Kielhorn** diesen Tagesordnungspunkt.

5. Kinderpsychiatrische Versorgung im Landkreis Peine - Einflussnahme auf Zulassungsbeschränkungen KVN Vorlage: 2021/939

DL Prof. Dr. Friedrich verweist auf die Informationsvorlage und bittet den Leiter des sozialpsychiatrischen und sozialen Dienstes **Herrn Fritzsche** und den Psychiatriekoordinator **Herrn Behr**, beide aus dem Fachdienst Gesundheit, um die Vorstellung der Überprüfung.

Nach einer Beschreibung der Kinderpsychiatrischen Versorgung im Bereich Peine durch **Herrn Fritzsche** führt **Herr Behr** aus, dass die Bedarfsplanung und die Verteilung der vorhandenen Ärztinnen und Ärzte auf Grundlage einer bundeseinheitlichen Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen Deutschland (G-BA) erfolgt. Daher schließt er die Möglichkeit einer Einflussnahme aus.

Bürgervertreterin (im Folgenden werden männliche und weibliche Bürgervertreter als BV bezeichnet) **Schlaugat** bemängelt zunächst die extremen Störgeräusche der beiden Mikrofone der mobilen Lautsprechanlage. Sie regt die Nutzung der vorhandenen Lautsprechanlage an den Wänden an. Für die Sitzungsarbeit der neu gewählten politischen Gremien fordert sie eine angemessene Ausstattung an Räumlichkeiten und Technik.

Zur kinderpsychiatrischen Versorgung fragt sie nach, ob für die Kreisverwaltung oder die Politik Handlungsoptionen bestehen.

Herr Fritzsche berichtet aus eigener Erfahrung, dass die KVN durchaus ansprechbar ist, über die konkrete Umsetzung aber dort selbständig entschieden wird.

KTA Frau Meyermann moniert die Beschränkung auf die durch die Rezeptsprechstunde in Hildesheim besetzte halbe KV-Stelle sowie die weitere Versorgung durch die wöchentliche Sprechstunde.

Herr Fritzsche erläutert anhand der in der Vorlage dargestellten Bedarfsplanung und Verteilung, dass die kinderpsychiatrische Versorgung für den Landkreis Peine trotzdem abgedeckt ist.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden **KTA Frau Riedel-Kielhorn** zur Rezeptsprechstunde erklärt **Herr Stuhr**, dass mit dem Kind die Praxis in Hildesheim für eine Diagnose aufgesucht werden muss, um anschließend die Rezepte in Peine erhalten zu können.

BV Schlaugat verweist auf die langen Wartezeiten und die somit vorhandenen Bedarfe. Für die betroffenen Eltern sei die Situation eine Zumutung. Sie bittet die beiden Fachleute noch einmal um eine Aussage, was die Politik bzw. die Verwaltung tun kann.

Herr Fritzsche beurteilt die Versorgungssituation ebenfalls als unbefriedigend. Der KVN steht für die Behandlungen aber auch nur ein begrenztes Budget zur Verfügung.

KTA Baars fragt, ob bereits Gespräche mit der KVN geführt wurden. Aus eigener Erfahrung regt er Gespräche auf Spitzenebene an.

Die von **DL Prof. Dr. Friedrich** bestätigten Gespräche sollen auf Anregung der Vorsitzenden **KTA Frau Riedel-Kielhorn** intensiviert werden. Eventuell kann auf Bundesebene auch eine Budgeterhöhung erreicht werden.

Nachdem keine weiteren Wortbeiträge gewünscht sind, stellt die Vorsitzende **KTA Frau Riedel-Kielhorn** fest, dass der Ausschuss von der Informationsvorlage Nr. 2021/939 Kenntnis genommen hat.

Abschließend bemängelt sie ebenfalls die akuten Geräuschstörungen durch die genutzte Technik, die trotz der zwischenzeitlichen Abschaltungen diverser Mobilgeräte der Ausschussmitglieder fast durchgehend zu verzeichnen sind. Sie bittet für die nächste Sitzung um Klärung bzw. Behebung.

KTA Möhle regt die Nutzung von kabelgebundenen Mikrofonen an.

(Ergänzung Protokollführer:

Nach Auskunft von Herrn Rasche (Kreisbildstelle) können auch Lautsprecheranlagen mit kabelgebundenen Mikrofonen bereitgestellt werden.

Eine Anfrage zur Nutzung des vorhandenen Equipments wurde eingeleitet.)

6 . Sachstand Pflegebericht Landkreis Peine

Frau Bode beschreibt bei ihrer Einführung die Kopplung des Landespflegeberichtes mit dem Pflegebericht des Landkreises Peine. Anhand der als Anlage beigefügten Präsentation verweist sie zunächst auf die einzelnen Bausteine der (Vor-) pflegerischen Versorgung. Zur ambulanten Pflege führt sie aus, dass die Pflegedienste zur Behandlungspflege (Medikamenten- und Insulingabe sowie Verbandswechsel) fahren müssen, nicht aber zur Pflege (Waschen, Toilettengang und Duschen). Problematisch sind derzeit die im Pflegestützpunkt vielen ankommenden Anrufe über Kündigungen der Pflegedienste oder deren Absagen. Die Personalfindung gestaltet sich als problematisch. Auch in der neuen Ausbildung zum Pflegefachmann/ zur Pflegefachfrau darf drei Jahre nicht allein gearbeitet werden. Das ist nicht attraktiv bzw. rentabel.

Bei der Stationären Pflege begründet **Frau Bode** den Rückgang bei der Auslastung mit der Förderung der ambulanten Versorgung durch die Pflegereform und das Einheitliche Heimentgelt. Aufgrund der Verteuerung in den niedrigen Pflegegraden werden Menschen eher zu Hause versorgt. Auch durch die Corona-Lage wurden Heimaufenthalte angesichts des Besuchsverbotes hinausgezögert oder waren in Form der Kurzzeitpflege nur schwer möglich.

Bei den Heimkosten liegt die Gesamtbelastung der Pflegebedürftigen im Bundesdurchschnitt aktuell bei ca. 2.000 €. Bundesweit sind bereits 80.000 Pflegestellen nicht besetzt.

Auch wenn die von vielen Einrichtungen umgesetzte tarifgerechte Entlohnung eine wichtige Voraussetzung ist, ist in Zukunft mit einem Anstieg der Anträge auf Hilfe zur Pflege zu rechnen.

Anschließend beschreibt **Frau Bode** die Aufgaben sowie die Strukturen der Hostizbewegung Peine e.V. und des Palliativnetzes Peine. Auch hier stoßen die ambulanten Pflegedienste an ihre Grenzen, da mindestens drei in Palliativmedizin geschulte Pflegefachkräfte benötigt werden.

Bei den Nachbarschafts- und Generationenhilfen werden die verschiedenen Angebote und konkreten Hilfen erläutert. Teilweise ist eine Abrechnung der Angebote zur Unterstützung im Alltag (AZUA) über die Pflegekasse möglich. Die Übungsleiterfreibeträge wurden erhöht, so dass mehr Spielraum für die Helferinnen und Helfer vorhanden ist. In Abbensen und Hohenhameln wurden Feuerwehr, Polizei, Banken und Einzelhandel im Umgang mit Demenz geschult. In Hohenhameln werden von der Polizei aufgegriffene demente Menschen nicht automatisch in die Psychiatrie überführt, sondern Ehrenamtliche betreuen bis zu einer Abholung durch Angehörige oder das Pflegeheim.

Die perspektivische Entwicklung zeigt bei einer Reduzierung der Kreisbevölkerung einen Anstieg der Anteile der über 70-jährigen sowie bei den Pflegebedürftigen. 625 Krankenpflegekräfte und 153 Altenpflegekräfte pendelten 2019 in die umliegenden Regionen aus. Ein Drittel der Anfänger bricht die Ausbildung ab. In der Krankenpflege sind nach 20 Jahren noch 72 Prozent beschäftigt. In der Altenpflege reduzieren sich die Verweildauern nach zwei Jahren auf 71 Prozent und nach 20 Jahren auf knapp 45 Prozent.

Nach einer kurzen Vorstellung der personellen Ausstattung schließt **Frau Bode** ihren Vortrag mit einer Auflistung der weiteren Inhalte des Pflegeberichtes, inklusive Handlungsempfehlungen für die Politik.

BV Schlaugat bittet um eine Begründung für die hohe Quote der Auspendler insbesondere in der Krankenpflege.

Frau Bode verweist auf die geringe Anzahl von Vollzeitstellen im Landkreis Peine sowie die geringere Bezahlung gegenüber den größeren Städten. Nach ihrem Hinweis auf ein Modellprojekt in Gifhorn, in dem ärztliche Tätigkeiten an Krankenpflegedienste übertragen werden, bitten **BV Schlaugat** und die Vorsitzende **KTA Frau Riedel-Kielhorn** die Erkenntnisse in 2022 in Ausschuss vorzustellen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bedankt sich die Vorsitzende **KTA Frau Riedel-Kielhorn** bei Frau Bode. Sie stellt fest, dass der Ausschuss von der Informationsvorlage Nr. 2021/935 Kenntnis genommen hat.

7. Produktbericht Stand 30. Juni 2021 für das Budget der Fachdienste Soziales, Arbeit (Jobcenter), Gesundheit sowie der Dezernatsleitung III Vorlage: 2021/935

Fachdienstleiter (im Folgenden werden männliche und weibliche Fachdienstleitungen als FDL bezeichnet) **Sommer** verweist auf die Vorlagen zu den TOP 7 und 8 und bittet um entsprechende Fragestellungen.

KTA Möhle stellt die Frage, ob die wahrscheinlich pandemiebedingte höhere Anzahl an roten Ampeln bis zum Jahresende eingeholt werden kann und zusätzliche Kosten zu erwarten sind.

FDL Sommer erklärt, dass die Ampeln nicht nur fiskalische, sondern auch qualitative Entwicklungen aufzeigen. Die Ausgaben des Fachdienstes Arbeit (Jobcenter) werden überwiegend durch Bundesmittel finanziert. Bei den Zielen mit dem Land Niedersachsen zeichnet sich eine positive Entwicklung bei der Anzahl der vereinbarten Integrationen ab. Den reduzierten BuT-Ausgaben stehen qualitativ aber auch weniger Angebote für die Schülerinnen und Schüler gegenüber.

Für den Fachdienst Soziales verweist **Frau Bialek** angesichts der voraussichtlichen Budgetüberschreitung von knapp 860.000 Euro auf die deutlichen Mehrkosten bei der Eingliederungshilfe nach dem BTHG. Das Land Niedersachsen hat aktuell eine zusätzliche Förderung von 2 Millionen Euro zugesagt. Angesichts der personellen Unterstützung des Gesundheitsamtes sind bestimmte Qualitätsziele, zum Beispiel bei der Bearbeitung, nicht erreichbar.

Für das Gesundheitsamt begründet **Herr Stuhr** die hohe Budgetüberschreitung mit den personellen Mehrkosten durch die pandemiebedingte Aufstockung von 45 auf zeitweise 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die erheblichen Materialkosten.

FDL Dr. Opiela wünscht sich ein baldiges Ende der Pandemie, verweist aber auf die schwierige Prognose für die Entwicklung im anstehenden Herbst bzw. Winter. Die Tätigkeit des Gesundheitsamtes wird durch zusätzliche Finanzmittel für die Digitalisierung und Tarifanpassungen gestärkt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt die Vorsitzende **KTA Frau Riedel-Kielhorn** fest, dass der Ausschuss von der Informationsvorlage Nr. 2021/935 Kenntnis genommen hat.

8 . Produktbericht Stand 30. Juni 2021 für das Budget "Gleichstellungsbeauftragte" Vorlage: 2021/936

Gleichstellungsbeauftragte Frau Tödter erklärt, dass die grüne Ampel nicht bedeutet, dass die Gleichberechtigung der Geschlechter erreicht ist. Es handelt sich um eine rein fiskalische Betrachtung. Der Grund ist, dass wegen Corona weniger Veranstaltungen durchgeführt werden konnten und 11 Stunden im Personalbereich nicht besetzt sind.

Im Bereich „Frauen in Führungspositionen“ ist die grüne Ampel allerdings gerechtfertigt, weil in der Kreisverwaltung fast 50% Frauen in Führungspositionen eingesetzt sind und sich eine weitere kurzfristige Besetzung abzeichnet.

Dass aber in anderen Bereichen noch viel zu tun ist, wird punktuell unter Bericht der Verwaltung –Sachstand Frauenhauserweiterung/Frauenhausfinanzierung- exemplarisch berichtet.

Nachdem keine weiteren Wortbeiträge gewünscht sind, stellt die Vorsitzende **KTA Frau Riedel-Kielhorn** fest, dass der Ausschuss von der Informationsvorlage Nr. 2021/936 Kenntnis genommen hat.

9 . Informationen der Verwaltung

- Verschiedenes

Sachstand Frauenhauserweiterung durch Bundesinvestitionsprogramm (Gleichstellungsbeauftragte)

Die **Gleichstellungsbeauftragte Frau Tödter** gibt in dem als Anlage beigefügten Redebeitrag eine Zusammenfassung der bisherigen Entwicklung und zum jetzigen Sachstand. Abschließend berichtet sie über die Entwicklungen bei der Schutzwohnung für Aussteigerinnen aus der Prostitution sowie bereits durchgeführte oder bevorstehende Veranstaltungen für Frauen.

BV Schlaugat verweist auf ihre Mitgliedschaft im Frauenhausverein. In Verbindung mit möglichen finanziellen Einschränkungen aufgrund der Änderung der Förderrichtlinie hat der Frauenhausverein einen Beschluss gefasst. Der aktuelle Sachstand soll mit Beteiligung der Mitarbeiter/innen in einem Kurzpapier zusammengefasst und in einer der nächsten Ausschusssitzungen vorgestellt werden. Abschließend beschreibt **BV Schlaugat** die steigende Gewalt gegen Frauen.

Die Vorsitzende **KTA Frau Riedel-Kielhorn** begrüßt die Vorgehensweise, da die in dem Bereich tätigen Mitarbeiter/innen die Situation am Besten selber beurteilen können.

DL Prof. Dr. Friedrich beschreibt in den als Anlage beigefügten Informationen der Heimaufsicht den Sachstand zu den Drittipfungen und bedauert die pandemiebedingte Anzahl von 52 Verstorbenen in den 19 vollstationären Einrichtungen. Im Mai 2021 wurden die Regelprüfungen wieder aufgenommen. Aufgrund der Unterstützung des Gesundheitsamtes durch eine Mitarbeiterin der Heimaufsicht konnten und können Heimprüfungen nicht in vollem Umfang geleistet werden. Abschließend werden die aktuellen Besuchsregeln in den Altenheimen beschrieben.

10 . Anfragen und Anregungen

KTA Meyermann bittet um eine Stellungnahme zur angedachten Verlagerung von Kursen der Hebammenzentrale aus dem Klinikum.

DL Prof. Dr. Friedrich bestätigt entsprechende Planungen, um die Geburtsvorbereitungskurse angemessen durchführen zu können.

Mit Hinweis auf die Einarbeitung der neu gewählten Ausschussmitglieder schlägt **DL Prof. Dr. Friedrich** vor, auf die nächste für den 13. Dezember 2021 angesetzte Ausschusssitzung zu verzichten und für Januar 2022 eine neue Terminierung vorzunehmen. Dem Vorschlag wird nicht widersprochen, so dass die Sitzung im Dezember ausfällt.

Da keine weiteren Wortbeiträge vorliegen, schließt die Vorsitzende **KTA Frau Riedel-Kielhorn** diesen Tagesordnungspunkt.

Anschließend führt sie aus, dass die Tagesordnung aus aktuellem Anlass um einen Nichtöffentlichen Teil ergänzt werden muss. Sie verabschiedet die Zuhörer/innen, die den Sitzungsraum verlassen.

Nach dem Nichtöffentlichen Teil bedankt sich die Vorsitzende **KTA Frau Riedel-Kielhorn** bei allen Ausschussmitgliedern für die Zusammenarbeit in der abgelaufenen Wahlperiode. Sie wünscht den ausscheidenden Mitgliedern alles Gute.

Sie schließt diesen Tagesordnungspunkt und um 18:22 Uhr die Sitzung.

Ergänzung:

Als weitere Anlage ist eine aktuelle Sachdarstellung des Gesundheitsamtes zum Infektionsgeschehen im Landkreis Peine beigefügt

Miriam Riedel-Kielhorn
Ausschussvorsitz

Prof. Dr. Andrea Friedrich
Kreisrätin für Soziales

Frank König
Protokollführung